

# Inhaltsübersicht

Vorwort .....	VII
Inhaltsverzeichnis .....	XI
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIII
Gesetzesverzeichnis .....	XXXIX
§ 1. Einführung .....	1
A. Staat – Familie – Individuum: Fragestellungen und Gang der Darstellung .....	1
B. Einleitende Bemerkungen zu den zu vergleichenden Rechtsordnungen .....	4
C. Themenbegrenzung .....	43
§ 2. Existenz von Unterhaltspflichten und Möglichkeit ihrer privatautonomen Gestaltung .....	69
A. Ehe- und Familienautonomie sowie verwandte Konzepte .....	69
B. Paarverhältnisse .....	73
C. Intergenerationelle Verhältnisse .....	176
D. Schlussfolgerungen .....	240
§ 3. Legitimation der Existenz und privatautonomen Gestaltbarkeit der Unterhaltspflichten .....	242
A. Legitimationsbedürftigkeit .....	242
B. Wider die Auferlegung von Unterhaltspflichten .....	245
C. Korrelation von Unterhaltspflicht und Statusverhältnissen .....	262
D. Korrelation von Unterhaltspflicht und Familienbegriff .....	270
E. „Solidarität“ .....	274

F. Fiskalische Interessen und Subsidiarität öffentlicher Hilfen .....	295
G. Verursachung und Nachteilsausgleich .....	306
H. Blutsbande und verwandte Überlegungen .....	312
J. (Generationen-)Vertrag, Zustimmung, Reziprozität und ähnliche Überlegungen .....	315
K. Gewährleistung familiären Zusammenhalts und Zusammenspiel mit dem Erbrecht und dem Erbschaftssteuerrecht .....	321
L. Liebe, Dankbarkeit und Respekt .....	325
M. Sonstige Ansätze .....	327
N. Zusammenfassung und Folgerungen .....	333
 § 4. Der Umgang der vier Rechtsordnungen mit Unterhaltsvereinbarungen .....	 338
A. Modifikationsmodi .....	338
B. Reaktionen auf unterhaltsbeschränkende Vereinbarungen .....	339
 § 5. Weiterführende Überlegungen zu beschränkten Unterhaltsvereinbarungen .....	 402
A. Für und wider die privatautonome Beschränkbarkeit von Unterhaltsverhältnissen .....	402
B. Reformüberlegungen .....	414
 § 6. Zusammenfassende Thesen .....	 425
A. Zusammenfassende Thesen zu § 1 .....	425
B. Zusammenfassende Thesen zu § 2 .....	428
C. Zusammenfassende Thesen zu § 3 .....	436
D. Zusammenfassende Thesen zu § 4 .....	440
E. Zusammenfassende Thesen zu § 5 .....	442
 Literaturverzeichnis .....	 449
 Register .....	 497

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	VII
Inhaltsübersicht .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIII
Gesetzesverzeichnis .....	XXXIX

## § 1. Einführung ..... 1

A. Staat – Familie – Individuum: Fragestellungen und Gang der Darstellung .....	1
--	---

B. Einleitende Bemerkungen zu den zu vergleichenden Rechtsordnungen .....	4
--	---

I. Ähnlichkeiten rechtlicher und tatsächlicher Tendenzen .....	4
--	---

1. Wandel und Pluralität der Ehe-, Familien- und Lebensformen .....	4
--	---

a) Deutschland .....	5
b) England und Wales .....	7
c) Frankreich .....	8
d) Schweden .....	9
e) Zusammenfassung und Folgerungen .....	9

2. Entwicklung des Familienbegriffs .....	10
---	----

a) Deutschland .....	10
b) England und Wales .....	12
c) Frankreich .....	15
d) Schweden .....	17
e) Zusammenfassung und Folgerungen .....	18

3. Individualisierung .....	19
-----------------------------	----

a) Deutschland .....	19
b) England und Wales .....	20
c) Frankreich .....	21
d) Schweden .....	22
e) Zusammenfassung und Folgerungen .....	22

4. Reduktion familienrechtlicher Unterhaltspflichten und Abwanderung von Versorgungsaufgaben in das Sozialrecht? .....	22
a) Einführung .....	22
b) Bestandsaufnahme .....	23
c) Insbesondere nachehelicher Unterhalt .....	25
d) Zusammenfassung und Folgerungen .....	27
5. Ähnlichkeiten tatsächlicher Entwicklungen .....	28
a) Einführung .....	28
b) Auswahl statistischer Daten der vier Rechtsordnungen .....	28
c) Zusammenfassung und Folgerungen .....	34
II. Einige praktische Hürden .....	35
1. Beschränktes Fallmaterial in England und Schweden .....	35
2. Stellung des nachehelichen Unterhalts in den Scheidungsfolgensystemen .....	36
3. Anordnungen mit Unterhaltsfunktion zugunsten mehrerer .....	41
4. Gewicht verfassungsrechtlicher Vorgaben .....	41
C. Themenbegrenzung .....	43
I. Unterhaltsbegriff .....	43
1. Unterhaltsbegriff und direkte gesetzliche Unterhaltspflichten .....	43
a) Deutschland .....	43
b) England und Wales .....	44
c) Frankreich .....	46
d) Schweden .....	47
e) Zusammenfassung und Folgerungen .....	47
2. Umgebende Phänomene .....	48
a) Vertragliche Unterhaltspflichten .....	49
b) Naturalobligation (obligation naturelle) .....	49
c) Faktische Unterhaltsbeziehungen .....	52
d) Mittelbare Unterhaltspflichten .....	54
e) Indirekte öffentlich-rechtliche Unterhaltspflichten .....	55
aa) Inhalt .....	55
bb) Kritik und Folgerungen .....	62
II. Rechtsgeschäftliche Gestaltung von Unterhaltsverhältnissen .	63
III. Beschränkende Gestaltung von Unterhaltsverhältnissen .....	63
IV. Familienrechtlicher Unterhalt als Mittel zur Existenzsicherung .....	64
V. Rechtliche Beurteilung von Unterhaltsvereinbarungen .....	66

VI. Rechtliche Begrenzung der Unterhaltsbeschränkung als solche .....	66
VII. Zusammenfassung .....	68

## § 2. Existenz von Unterhaltungspflichten und Möglichkeit ihrer privatautonomen Gestaltung .....

A. Ehe- und Familienautonomie sowie verwandte Konzepte ....	69
I. Deutschland .....	69
II. Andere Rechtsordnungen .....	71
1. Frankreich .....	71
2. England und Wales .....	72
B. Paarverhältnisse .....	73
I. Unterhalt während bestehender Ehe .....	73
1. Ehebegriff der vier Rechtsordnungen .....	73
2. Die Möglichkeit zum Abschluss von Rechtsgeschäften unter Ehegatten .....	76
a) Geschäftsfähigkeit der Ehefrau .....	76
aa) England und Wales .....	76
bb) Frankreich .....	77
cc) Schweden .....	78
b) Möglichkeit der Ehegatten zum Abschluss von Verträgen untereinander .....	78
aa) Deutschland .....	78
bb) England und Wales .....	79
cc) Frankreich .....	79
dd) Schweden .....	79
c) Rechtsbindungswille .....	80
aa) Allgemein .....	80
bb) England und Wales .....	81
d) Zusammenfassung und Folgerungen .....	85
3. Existenz von Unterhaltsansprüchen während bestehender Ehe und die Möglichkeit zur privat- autonomen Gestaltung .....	86
a) Deutschland .....	86
b) England und Wales .....	87
c) Frankreich .....	90
d) Schweden .....	96
e) Zusammenfassung und Folgerungen .....	100

II. Geschiedenenunterhalt .....	101
1. Deutschland .....	101
2. England und Wales .....	105
3. Frankreich .....	108
4. Schweden .....	112
5. Zusammenfassung und Folgerungen .....	119
III. Unterhalt nicht miteinander verheirateter Eltern .....	119
1. Deutschland .....	119
2. England und Wales .....	122
3. Frankreich .....	125
4. Schweden .....	126
5. Zusammenfassung und Folgerungen .....	127
IV. Eingetragene Lebenspartner .....	128
1. England und Wales .....	128
2. Schweden .....	130
3. Deutschland .....	131
4. Zusammenfassung und Folgerungen .....	132
V. Partner eines pacte civil de solidarité vor und nach	
Auflösung .....	133
1. Einführung .....	133
2. Unterhaltspflicht der PACS-Partner? .....	134
a) Die Pflicht zur gegenseitigen materiellen Hilfe während bestehendem PACS .....	134
b) Nach Beendigung des PACS .....	136
c) Sonstige Ansprüche .....	137
3. Privatautonome Gestaltbarkeit .....	137
4. Zusammenfassung und Folgerungen .....	138
VI. Faktische Lebensgemeinschaften im engeren Sinne .....	139
1. Begriff der faktischen Lebensgemeinschaft .....	139
a) Deutschland .....	139
b) England und Wales .....	139
c) Frankreich .....	142
d) Schweden .....	145
e) Zusammenfassung und Folgerungen .....	147
2. Gesetzliche Unterhaltspflichten und sonstige gesetzliche Ausgleichsmechanismen .....	148
a) Deutschland .....	148
b) England und Wales .....	149
c) Frankreich .....	150
d) Schweden .....	153
e) Zusammenfassung .....	156

3. Begründung vertraglicher Unterhaltsansprüche unter faktischen Lebensgefährten .....	157
a) Deutschland .....	157
b) England und Wales .....	158
c) Frankreich .....	162
d) Schweden .....	164
e) Zusammenfassung .....	165
VII. Geschwister .....	165
VIII. Faktische Lebensgemeinschaften im weiteren Sinne .....	168
1. Frankreich .....	169
2. England und Wales .....	170
3. Zusammenfassung und Folgerungen .....	172
IX. Zusammenfassung und Folgerungen .....	173
C. Intergenerationelle Verhältnisse .....	176
I. Unterhaltspflicht von Eltern gegenüber Kindern .....	176
1. Existenz und Dauer .....	176
a) Deutschland .....	176
b) England und Wales .....	178
c) Frankreich .....	181
d) Schweden .....	185
2. Privatautonome Gestaltbarkeit .....	187
a) Deutschland .....	187
aa) Grundsatz .....	187
bb) Freistellungsvereinbarungen .....	188
b) England und Wales .....	191
c) Frankreich .....	201
d) Schweden .....	201
3. Zusammenfassung und Folgerungen .....	204
III. Unterhaltspflicht von Eltern gegenüber Stiefkindern .....	205
1. Deutschland .....	205
2. England und Wales .....	212
3. Frankreich .....	217
4. Schweden .....	219
5. Zusammenfassung und Folgerungen .....	224
IV. Unterhalt zwischen Aszendenten und Deszendenten in anderen Verwandtschaftsverhältnissen .....	225
1. Deutschland .....	225
2. England und Wales .....	228
3. Frankreich .....	229

4. Schweden .....	231
5. Zusammenfassung und Folgerungen .....	232
V. Unterhaltspflichten zwischen Verschwägerten in intergenerationellen Verhältnissen .....	233
1. Deutschland .....	233
2. England und Wales .....	233
3. Frankreich .....	234
4. Schweden .....	236
5. Zusammenfassung und Folgerungen .....	236
VI. Unterhaltspflichten zwischen Verwandten in der Seitenlinie in intergenerationellen Verhältnissen .....	236
VII. Zusammenfassungen und Folgerungen .....	237
1. Grundlegende Differenzen zwischen den betrachteten Rechtsordnungen .....	237
2. Berücksichtigung tatsächlicher Verhältnisse im Unterhaltsrecht: Stiefkindunterhaltsansprüche .....	239
3. Grundsätzliche Indisponibilität der Unterhaltsansprüche in intergenerationellen Verhältnissen .....	240
D. Schlussfolgerungen .....	240
 § 3. Legitimation der Existenz und privatautonomen Gestaltbarkeit der Unterhaltspflichten .....	
A. Legitimationsbedürftigkeit .....	242
B. Wider die Auferlegung von Unterhaltspflichten .....	245
I. Unterhaltspflichten als Belastung familiärer Beziehungen ...	245
II. Unterhaltspflichten als Belastung der größeren familiären Einheit und als strukturelle Überforderung .....	246
III. Belastung wirtschaftlich schwacher Bevölkerungsgruppen und Perpetuierung wirtschaftlicher Schwäche über die Generationen .....	249
IV. Transferrechtliche Überforderung von Familien .....	250
V. Nachteile des Unterhaltsgläubigers infolge der Unterhaltspflicht .....	253



VI. Akzeptabilität als Voraussetzung einer Unterhaltspflicht . . . .	255
VII. Fehlende Akzeptanz von Unterhaltspflichten ohne auslösende Handlung des Unterhaltsschuldners . . . . .	256
VIII. Kosten der öffentlichen Hand bei der Unterhaltsdurchsetzung . . . . .	257
IX. Mangelnde Beachtung des Grundsatz der wirtschaftlichen Eigenverantwortung . . . . .	258
X. Gesamtgesellschaftlicher Nutzen als Faktor bei der Verortung des Einstehenmüssens . . . . .	259
C. Korrelation von Unterhaltspflicht und Statusverhältnissen . .	262
I. Deutschland . . . . .	262
II. England und Wales . . . . .	263
III. Frankreich . . . . .	265
IV. Schweden . . . . .	269
V. Zusammenfassung und Folgerungen . . . . .	270
D. Korrelation von Unterhaltspflicht und Familienbegriff . . . . .	270
I. Deutschland . . . . .	271
II. England und Wales . . . . .	272
III. Frankreich . . . . .	272
IV. Schweden . . . . .	273
V. Zusammenfassung und Folgerungen . . . . .	273
E. „Solidarität“ . . . . .	274
I. Deutschland . . . . .	274
1. Ausgangspunkt . . . . .	274
2. Differenzen . . . . .	275
3. Verwendung in den Gesetzen und Gesetzesentwürfen . .	276
4. Verwendung in der Rechtsprechung . . . . .	277
5. Insbesondere nachhehliche Solidarität . . . . .	278
a) Bundesverfassungsgerichtliche Rechtsprechung . . . . .	279
b) Verwendung in Gesetzesentwürfen . . . . .	280
c) Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs . . . . .	281
d) Schwächen des Konzepts der nachhehlichen Solidarität . . . . .	286
6. Zusammenführung . . . . .	287
II. Frankreich . . . . .	289

III. Schweden .....	292
IV. England und Wales .....	293
V. Zusammenfassung und Folgerungen .....	294
<b>F. Fiskalische Interessen und Subsidiarität</b>	
<b>öffentlicher Hilfen .....</b>	<b>295</b>
I. Fiskalische Interessen .....	295
1. Ubiquität der Berufung auf fiskalische Interessen .....	295
a) Zur Existenz von Unterhaltsansprüchen .....	295
b) Zur privatautonomen Gestaltbarkeit von Unterhaltsansprüchen .....	297
2. Schwächen des Arguments .....	297
II. Subsidiarität öffentlicher Hilfen .....	299
1. Das Subsidiaritätsprinzip .....	299
2. Keine Bedeutung für die Legitimation von Unterhaltungspflichten .....	304
3. Wertungselement bei der Kontrolle privatautonomer Gestaltung von Unterhaltsverhältnissen .....	304
<b>G. Verursachung und Nachteilsausgleich .....</b>	<b>306</b>
I. Verursachung .....	306
II. Nachteilsausgleich .....	308
<b>H. Blutsbande und verwandte Überlegungen .....</b>	<b>312</b>
<b>J. (Generationen-)Vertrag, Zustimmung, Reziprozität     und ähnliche Überlegungen .....</b>	<b>315</b>
<b>K. Gewährleistung familiären Zusammenhalts     und Zusammenspiel mit dem Erbrecht und dem     Erbschaftssteuerrecht .....</b>	<b>321</b>
<b>L. Liebe, Dankbarkeit und Respekt .....</b>	<b>325</b>
<b>M. Sonstige Ansätze .....</b>	<b>327</b>
I. Verletzlichkeit .....	328
II. Historische Überlieferung und Tradition .....	329
III. Gleichheitsargumente .....	330

IV. Schutz berechtigten Vertrauens .....	331
V. Teilhabe .....	332
VI. Sanktionierung von persönlichem Fehlverhalten .....	333
N. Zusammenfassung und Folgerungen .....	333
 § 4. Der Umgang der vier Rechtsordnungen mit Unterhaltsvereinbarungen .....	 338
A. Modifikationsmodi .....	338
B. Reaktionen auf unterhaltsbeschränkende Vereinbarungen ...	339
I. Kategorische Unwirksamkeit ex lege ab initio .....	340
1. Deutschland: Verwandtenunterhalt, Familienunterhalt, Trennungunterhalt und Unterhalt des nicht mit dem anderen Elternteil verheirateten Elternteils, §§ 1614, 134 BGB .....	340
2. Frankreich: Alle Unterhaltsverhältnisse .....	346
3. Zusammenfassung .....	349
II. Einzelfallabhängige Unwirksamkeit ex lege ab initio .....	350
1. Wegen Verstößes gegen allgemeine Vorgaben für Rechtsgeschäfte .....	350
2. Wegen einseitiger Lastenverteilung bei ungleicher Verhandlungsposition .....	351
3. Wegen der Benachteiligung des Sozialleistungsträgers ...	352
a) Einleitung .....	352
b) Mögliche Herangehensweisen .....	356
c) Insbesondere: Sittenwidrigkeit .....	358
aa) Literatur und Rechtsprechung bis in die späten 1970er Jahre .....	358
bb) Die Konsolidierung seit den 1980er Jahren .....	362
cc) Die Fortschreibung durch den BGH nach Ausweitung der Inhaltskontrolle .....	365
4. Zusammenfassung und Folgerungen .....	367
III. Richtlinienfunktion der Vereinbarung bei der richterlichen Entscheidung .....	368
1. Das richterliche Scheidungsfolgenmonopol .....	368
2. Berücksichtigung von Vereinbarungen der Beteiligten ...	371

a) Pre-nuptial agreements .....	372
b) Post-nuptial und separation agreements .....	379
3. Zusammenfassung .....	383
IV. Bindungswirkung des Vereinbarungsinhalts nach oder kraft richterlicher Entscheidung .....	383
1. England und Wales: Consent orders .....	384
2. Frankreich: Homologation .....	386
a) Die Homologation der Vereinbarung über die Ausgleichsleistung .....	386
aa) Konzept der Homologation .....	386
bb) Unteilbarkeit von Vereinbarung und Scheidungsurteil ...	386
cc) Voraussetzungen der Homologation .....	388
b) Die Homologation von Vereinbarungen über den Kindesunterhalt .....	390
3. Anklänge im deutschen Recht: der Genehmigungs- vorbehalt nach § 1615e BGB a.F. ....	390
4. Zusammenfassung .....	392
V. Abänderbarkeit der Vereinbarung bei anfänglicher Unbilligkeit .....	393
1. England und Wales: Kindesunterhaltsvereinbarungen nach Sec. 15 Abs. 1 i.V.m. Schedule 1 Para. 10 CA 1989 ..	393
2. Schweden .....	394
a) Vereinbarungen über Ehegattenunterhalt (Kap. 6 § 11 Abs. 2 ÄktB 1987) .....	394
b) Vereinbarungen über Kindesunterhalt (Kap. 7 § 10 FB 1949) ..	394
c) Die allgemeine vertragsrechtliche Änderungsvorschrift (Kap. 3 § 36 AL 1915) .....	395
3. Zusammenfassung .....	396
VI. Abänderbarkeit der Vereinbarung bei Änderung der zugrundeliegenden Umstände .....	396
1. Deutschland: Ausübungskontrolle nach § 242 BGB .....	396
2. England und Wales: Kindesunterhaltsvereinbarungen nach Sec. 15 Abs. 1 i.V.m. Schedule 1 Para. 10 CA 1989 ...	398
3. Frankreich .....	398
4. Schweden .....	398
a) Vereinbarungen über Ehegattenunterhalt (Kap. 6 § 11 Abs. 1 ÄktB 1987) .....	398
b) Vereinbarungen über Kindesunterhalt (Kap. 7 § 10 Abs. 1 FB 1949) .....	399
VII. Schlussfolgerungen .....	400

<b>§ 5. Weiterführende Überlegungen zu beschränkenden Unterhaltsvereinbarungen</b>	<b>402</b>
<b>A. Für und wider die privatautonome Beschränkbarkeit von Unterhaltsverhältnissen</b>	<b>402</b>
I. Nachteile der privatautonomen Beschränkbarkeit von Unterhaltsansprüchen	403
1. Mangelnde Richtigkeitsgewähr	403
2. Fehlende Richtschnur durch einfache Unterhaltsberechnung	405
3. Gefahr der Interessenkollision im Kindesunterhalt	406
4. Gefahr der gezielten Benachteiligung der Allgemeinheit	406
5. Gefahr der fahrlässigen Benachteiligung der Allgemeinheit	407
6. Gefahr der Benachteiligung Dritter	407
7. Schwächen bei der Vollstreckbarkeit	408
8. Mangelnde Wahrnehmung privatautonomer Gestaltungsmöglichkeiten	408
II. Vorteile der privatautonomen Beschränkbarkeit von Unterhaltsansprüchen	409
1. Kalkulierbarkeit	409
2. Ersparnis von Verfahrenskosten und Verfahrensdauer	410
3. Bessere Akzeptanz der gefundenen Lösung und besserer Erhalt der Beteiligtenbeziehungen	410
4. Überlegenheit gegenüber legislativer und jurisdiktioneller Beschränkung der Unterhaltsansprüche	411
5. Abwesenheit klarer Informationen zum bisherigen praktischen Erfolg von Unterhaltsvereinbarungen	412
III. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	412
<b>B. Reformüberlegungen</b>	<b>414</b>
I. Reichweite des vorgeschlagenen Regimes zur Zulassung von privatautonomen Beschränkungen	414
II. Vorteile	415
1. Kontrollierte Öffnung für die privatautonome partielle Beschränkung statt theoretischer Indisponibilität	415

2. Privatautonom beschränkbare Unterhaltsansprüche als Kompromiss bei derzeit fehlenden Unterhaltspflichten sowie bei bestehenden angreifbaren Unterhaltspflichten ..	416
3. Überwindung der Alles-oder-nichts-Phänomene . . . . .	418
4. Anknüpfung an die Bereitschaft zu freiwilligen Leistungen .....	418
5. Transparenz für und Akzeptanz bei den Betroffenen . . . . .	419
III. Vorgaben für die Kontrolle beschränkender Unterhaltsvereinbarungen .....	419
1. Kontrollmodus und Zeitpunkt der Kontrolle .....	420
2. Dreiteiliger Kontrollmaßstab .....	421
a) Überblick .....	421
b) Insbesondere die legitimationsorientierte Unangemessenheits- kontrolle .....	422
§ 6. Zusammenfassende Thesen .....	425
A. Zusammenfassende Thesen zu § 1 .....	425
B. Zusammenfassende Thesen zu § 2 .....	428
C. Zusammenfassende Thesen zu § 3 .....	436
D. Zusammenfassende Thesen zu § 4 .....	440
E. Zusammenfassende Thesen zu § 5 .....	442
Literaturverzeichnis .....	449
Register .....	497